

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Preis:
an allen Verkäufen.
Monatsumme
in der Stadt Wildbad M. 1.35
monat. 45 Pf.
Bei allen wirtsch. Postanstalten
und Boten im Orts- u. Nachbar-
ortsverkehr monatl. M. 1.35,
ausserhalb desselben M. 1.35,
hinz. Bestellgeld 30 Pf.
Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.

Veröffentlichungsblatt
der Kgl. Forstämter Wildbad, Meßstern,
Enzklösterle u.
während der Saison mit
amtl. Fremdenliste.

Inserate nur 3 Pfg.
Ausserhalb 10 Pfg. die Klein-
spaltige Germondseite.
Bekanntmachung 15 Pfg. die
Fotizelle.
Bei Wiederholungen entspr.
Konten.
Fremdenliste
nach Vereinbarung.
Telegrams-Adresse:
Schwarzwälder Wildbad.

Nr. 106.

Samstag, den 8. Mai 1909.

26. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 6. Mai.

Zur Beratung steht der vom Abg. Speck eingebrachte Antrag auf Einführung einer stoffförmigen Umsatzsteuer für Großmühlen.

Abg. Speck (Str.) begründet den Antrag. Die guten Verhältnisse der 80er Jahre im Mältereigewerbe haben sich wesentlich verschlechtert. Die Zahl der Arbeiter ist um 20 000 gesunken, dagegen hat der Konsum an Getreide zugenommen. Aus der ganzen Entwicklung der Mältereiverhältnisse ergibt sich, daß die mittleren und kleinen, sogar der größeren Betriebe sich der Konkurrenz der ganz großen nicht erwehren konnten, und doch haben die mittleren und kleinen Betriebe ihre wirtschaftliche Bedeutung. In Süddeutschland werden die kleinen Mühlen von der Konkurrenz der Großmühlen geradezu aufgefressen. Pflicht der Gesetzgebung wäre es, hier energisch für Abhilfe zu sorgen. Die kleinen Betriebe sind sehr wohl über Wasser zu halten. Die Ursache des Rückgangs ist die von der Großmälzerei ausgehende Ueberproduktion in Mehl und die direkte und indirekte Förderung der Großbetriebe durch die Gesetzgebung, wie z. B. durch die Abgabefreiheit für regulierte Schiffahrtswege. Durch die heutigen Verhältnisse kommen wir zu Zuständen wie beim amerikanischen Fleischruß. Die Aufhebung des Mehlzolls wäre ein zweischneidiges Schwert. Auch die kleineren Betriebe und die Landwirtschaft würden darunter leiden. Lassen wir die Großmühlen sich ruhig weiter entwickeln, so werden wir den Schutz, den wir den kleinen durch den Zolltarif angedeihen lassen wollen. Bei dem Vorwärtsschreiten der Riesenbetriebe ist zu befürchten, daß die Brotversorgung im Mobilmachungsfalle auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen wird. Sodann werden die brotlos gewordenen Mälzerei-Arbeiter zu Preisbrüchern in anderen Gewerben. Der gesetzgeberische Eingriff wäre auch keine Bestrafung der Intelligenz, denn die Großmühlen verdanken ihre Entstehung nur der jahrelangen strapelosen Steigerung der Produktion. Die bayerische Mälzerei-Umsatzsteuer mußte Fiasco machen, da Bayern kein geschlossenes Wirtschaftsgebiet ist. Deshalb kommen wir zu der Forderung einer reichsgesetzlichen Regelung zum Schutz der gefährdeten 30 000 selbständigen Betriebe. Eine Abwanderung der Großmühlen ins Ausland ist nicht zu befürchten. Davor schützt uns der Mehlzoll. (Lebhafte Beifall.)

Auf Antrag des Abg. Rösche (kons.) wird ein konser-

vativer Initiativantrag vom Jahre 1907 auf Schaffung einer gestaffelten Mälzereiumsatzsteuer mit zur Beratung gestellt.

Abg. Rösche (kons.): Durch die Vernichtung der mittleren und kleineren Betriebe dürfte die Arbeitslosigkeit noch weiter vermehrt werden. Bei der Mälzerei ist es äußerste Zeit zum Eingreifen. Durch Annahme des Antrags sollten wir auch auf diesem Gebiete Sozialpolitik treiben.

Abg. Reuner (ntl.): Auch der deutsche Mälzereiverband fordert seit langer Zeit eine Mälzereiumsatzsteuer. Ein großer Teil meiner Partei erkennt die Notlage der Mälzerei an und verlangt reichsgesetzliche Hilfe. Ein Rückgang des Mälzereibetriebs ist nicht zu bestreiten. Ich bitte, beide Anträge an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu verweisen. Einen Eingriff in die Finanzrechte der Einzelstaaten würde die Steuer nicht bedeuten. Außer der Steuer müsse aber auch eine Verbesserung der Tarifierung geschaffen werden.

Direktor im Reichsschatzamt Kühn: Die vom Reichsschatzamt angestellten statistischen Erhebungen haben für die Zeit von 1885—1895 ergeben: bei ganz kleinen Betrieben einen Rückgang um 5536, bei kleinen Betrieben um 129, einen Zugang bei den mittleren Betrieben von 161, bei mittleren bis großen von 25 und bei ganz großen von 5 Betrieben. Da die Erhebungen der verbündeten Regierungen noch fortgesetzt werden, möchte ich mich auf diese Mitteilungen beschränken.

Bayerischer Staatsrat v. Butzard betont, die bayerische Staatsregierung sei geneigt, der Frage der Mälzereiumsatzsteuer näherzutreten, unter der Voraussetzung, daß sie keinen Eingriff in die Finanzrechte der Einzelstaaten bedeutet, und daß der bisherige Ertrag der Steuer den Einzelstaaten bleibt, sowie daß die Steuer sich nicht zu einer speziellen Einkommensteuer oder Ertragsteuer auswächst.

Abg. Kämpf (Frp. Sp.): Nach den Erklärungen vom Regierungstisch kann man von einem Rückgang der mittleren und kleinen Mälzereibetriebe nicht sprechen. Ich bin gegen jede Umsatzsteuer; auch die Warenhaussteuer war verfehlt. Wenn ein gangbarer Weg zur Erhaltung der kleinen und mittleren Betriebe gefunden werden sollte, so treten wir mit Ihnen für deren Erhaltung ein. Die großen Mälzereien sind für die Volksernährung unentbehrlich. Das Endergebnis der Mälzereiumsatzsteuer würde eine Verteuerung von Mehl und Brot sein.

Abg. Kämpf (Frp.): Für den kleinen Bauer ist der kleine Mälzer der gütigste Abnehmer. Sonst muß er das

Getreide in die Stadt bringen, wo er dem Zwischenhändler in die Hände fällt. Der Landarbeiter kann nach Wegfall der Kleinmühlen seinen Brotbedarf nicht durch eigene Herstellung decken, wodurch sich in den östlichen Provinzen die Naturalabgaben nicht aufrecht erhalten lassen.

Abg. Stauffer (wirtsch. Bgg.): Wir halten eine Kontingentierung der Mälzereiproduktion und Staffellung der Umsatzsteuer für nötig.

Darauf tritt Vertagung ein. Nach kurzer Debatte wird auf Antrag Basser mann (natl.) beschlossen, auch Dienstag nächster Woche frei zu lassen und vom Mittwoch nächster Woche bis Mittwoch übernächster Woche im Plenum zu verhandeln.

Nächste Sitzung Mittwoch 2 Uhr: Fortsetzung der heutigen Beratung.

Rundschau.

Die Konservativen und ihr Kanzler.

Zu den Gerüchten über Rücktrittsabsichten des Reichskanzlers schreibt die „Deutsche Tageszeitung“ unter anderem: Es wird wenig Politiker geben, die irgend einem Nachfolger des Reichskanzlers mehr Glück und mehr Geschick zutrauen als ihm. Wir wenigstens können uns von einem Kanzlerwechsel durchaus keine Förderung der Reichsfinanzreform versprechen. Das immer wieder auftauchende Gerücht, daß gewisse konservative Kreise auf dem Rücktritt des Fürsten Bülow hinarbeiten, sei ebenso unnütz wie haltlos.

Von maßgebender Seite erfährt die „Post“: Jene, welche bestimmte Entschlüsse oder Erklärungen des Reichskanzlers über seinen Rücktritt liegen nicht vor, zumal er die Hoffnung auf eine Verständigung über die Reichsfinanzreform noch keineswegs aufgegeben hat. Auch der Kaiser steht in der Frage der Reichsfinanzreform völlig auf Seiten des Kanzlers. Davon, daß der Kaiser entgegen einem etwaigen Wunsch des Fürsten Bülow die Genehmigung zur Auflösung des Reichstages gegen die Konservativen verjagen könnte, kann also keine Rede sein.

Aus der Türkei.

Nach einer Meldung aus Konstantinopel hat die Band von England, in deren Klassen der größte Teil von Abdul Hamids Schätzen ruht, sich ganz entschieden geweigert, dem jungtürkischen Komitee auf dessen Forderung hin das

„Ich gratuliere Ihnen zu der Zukunftsrau, Herr Gerhard Wildenstein“, sagte Leonore mit hartem Auf-lachen und wandte sich einer plaudernd näher kommenden Damengruppe zu. „Sie können mir später einmal das Monstrum zeigen.“

Wildenstein und Renate standen allein. In des Mädchens Augen schillerten Tränen. Wie konnte Leonore dem Maler, der so gut und lieb zu ihr war, nur so weh tun?

„Dort ich Sie um den nächsten Walzer bitten, mein Fräulein?“ drang des Malers Stimme an ihr Ohr, „wie ich sehe, hat sich unsere tanzenlustige Jugend dort in den großen Parterresaal zurückgezogen, um Terpsichoren zu huldigen.“

Tanlend legte Renate ihren Arm in den Wilden-steins und bald darauf sah man sie einer rosigen Blüten-floede gleich im Arm des Malers durch den Saal schweben, von vielen bewundernden Augen verfolgt.

Alles strömte dem Paare nach in den Saal, nur Leo-nore blieb zurück. Sie stand in Gedanken versunken und beachtete es nicht, daß sich Erich von Breden zu ihr gesellte. Der junge Leutnant, der schon lange auf einen günstigen Moment gewartet hatte, wo er Leonore allein sprechen konnte, wagte es doch nicht, die hohe, ernste Frauenge-stalt, die ihm in ihrer fast düsteren Versunkenheit fremd erschien, zu stören. Endlich aber sagte er sich ein Herz und sagte, auf die verglühende Sonne am Abendhimmel deutend: „Schöner Abend, dieser Abend, solcher, Abend, Fräulein Leonore.“

Leonore fuhr erschrocken aus ihrem Sinnen auf und strich mit der weißen Hand leicht über ihre Stirne, als wolle sie alle Gedanken da fortwischen.

„Ach, Sie sind's Erich“, sagte sie endlich, wie von einem Alp befreit. „Was sagten Sie doch von dem schö-nen Abend?“

Erich errötete wie ein junges Mädchen. Er selbst war noch ganz entsetzt, über seine alberne Anrede, die er in leicht begreiflicher Verlegenheit angebracht und Leo-nore war taktlos genug, ihn daran zu erinnern. (F. f.)

Gerhard herüber und unwillkürlich richtete Wildenstein seine Blicke zu der im Sonnenkolde leuchtenden Germania auf dem Niederwalde empor.

Renate aber sagte mit strahlendem Augenaufschlag: „Ach, ich denke mir es so schön, behütet und beschützt von einer starken Manneshand durch das Dasein zu gehen, ohne einen Gedanken an Frauenrecht und Streit. Sind wir doch zum Dienen geboren, Lore, so lehrt es die heilige Schrift und glaube es mir, es ist nutzlos, dagegen anzukämpfen.“

Leonore sah mit einem feinen, fast mitleidigen Lächeln auf die Schwester.

„So habe ich einst auch gedacht und geträumt“, sagte sie, wieder zu Renate noch zu dem Maler gewandt, der unablässig die beiden anziehenden Mädchengestalten vor sich anstarrte, „aber das Leben lehrt uns anders denken und auch Du, kleine, wirst es lernen. Meinen Sie nicht auch, Herr Wildenstein?“

„Nein, gnädiges Fräulein, Ihr Schwesterchen ist auf dem besten Wege, das zu werden, das ich über alles schätze und liebe — ein echtes deutsches Weib!“

Begeistert hatte der Maler gesprochen und leis wie zum Segen seine Hand auf Renates goldhaariges Haupt gelegt, die unter dieser Berührung leis zusammenzuckerte, so durchzuckte sie das Gefühl einer namenlosen Seligkeit bei des Malers Worten, Leonore aber richtete sich hoch empor und sagte sarkastisch:

„Ich kenne nun wenigstens Ihr Ideal, Herr Künstler, wollen Sie mir vielleicht auch noch sagen, wie weit das Weib zum Manne hinaufreichen darf?“

„Bis zum Herzen!“ sagte der Maler ernst.

„Recht bequemt“, gab Leonore spöttisch zurück. „Da kann sich die gute Seele wohl auch das Denken ersparen.“

„Das nicht“, entgegnete Wildenstein ruhig — „ich wollte damit nur sagen, daß der Geist des Mannes das Weib zu sich empor zieht wenn es selbst Geist entbehrt, welchen Mangel das Herz, das wirklich liebende Herz dann voll und ganz ausgleicht.“

Ich habe den Glauben, daß wir nicht geboren sind, glücklich zu sein, sondern um unsere Pflicht zu tun, und wir wollen uns leisten, wenn wir wissen, wo unsere Pflicht ist.

Messche.

Das Haus am Rhein.

Roman von Anna Bothe.

(Fortsetzung.)

„Sie sind ein Engel, gnädiges Fräulein“, sagte Wildenstein leise, und wie Rührung flog es über seine etwas edigen Züge, als er die feine Hand des Mädchens an seine Lippen führte. „Ihr Fräulein Schwester hat recht“, fuhr er dann mit einer tiefen Verbeugung zu Leonore gewandt fort, „und ich bedauere es tief, daß mein etwas heftiges Temperament mich immer wieder fortreißt, die gewöhnlichsten Höflichkeitsformeln außer Acht zu lassen. Ich liebe es nicht, wenn Frauen kämpfen, wie Sie es tun“, fuhr er unbeirrt zu Leonore gewandt fort, „und ich vergesse dann immer, daß es ein Weib ist, zu dem ich rede und das — das ist meine Schuld, und deshalb bitte ich um Vergebung.“

Wie hochmütig das Klang. Leonore fühlte etwas wie heiße Scham in ihrem Herzen brennen.

„Sie scheinen eine schlechte Meinung von den Frauen zu haben, mein Herr“, sagte sie mit leiser Ironie. „Nach Ihrer Meinung sind die Frauen nur dazu da, sich den Herren der Schöpfung unterzuordnen. Warum soll die Frau nicht mit gleichen Waffen kämpfen, wie der Mann? Wer hat ein Recht, die Frau auf eine niedere Stufe zu stellen? Niemand, Sie aber, Herr Wildenstein, maßten sich das Recht an, Sie sehen auf alles das, was uns Frauen heilig ist, mit Verachtung herab, und in Ihrem Herzen lebt nur ein Gedanke: „Und er soll dein Herr sein.“ Strahlend schön stand Leonore vor dem Maler, die großen, stahlblauen Augen bligten kampfeslustig zu



Guthaben des Exzultand auszuficern. Dieser Handlungsweise der Bank von England haben sich die französischen, deutschen und italienischen Banken angeschlossen. Aus diesem Grunde versucht jetzt das jungtürkische Komitee Abdul Hamid zu zwingen, Schecks zu Gunsten des Komitees zu unterzeichnen. Dieses eigenartige Vorgehen der Jungtürken hat die Aufmerksamkeit der Mächte auf sie gelenkt, u. man nimmt an, daß falls die Jungtürken ihr Vorgehen nicht ändern, eine Intervention der Mächte in dieser Beziehung erfolgen werde.

Weiteren Meldungen zufolge, hat die Regierung den noch im Jildiz verbliebenen Ddalisken und Dienerinnen erklärt, daß sie binnen kürzester Frist den Jildiz zu verlassen und in ihre Heimat zurückzukehren hätten. Man gab ihnen aber kein Reisegeld. Nun sind diese armen Geschöpfe bei ehemaligen Kolleginnen, die an Beamte, Sekretäre und Lieferanten des Palais verheiratet wurden und den Mädchen vorläufig Unterkunft gewährt haben, untergebracht.

Eine offizielle Ankündigung des Polizeiministers besagt, daß türkische Frauen auf der Straße tief verschleiert gehen und keine gegen die Moral verstoßende Kleidung tragen sollten. Der Zweck dieser und anderer Verfügungen ist zweifellos der, auf die Stimmung der alttürkischen Bevölkerung Rücksicht zu nehmen, die von der letzten Umwälzung eine Verletzung der Religion und der Sitten befürchtet und ihr andauernd feindlich gesinnt ist.

Die Lage in Anatolien ist nach einer Depesche der Agence Havas außerordentlich besorgniserregend. Die Kurden, an denen die Behörden mitschuldig seien, nähmen größere Ausdehnung an und die Truppen seien ohne Manneszucht. Es verlautet, daß furchtbare Ausschreitungen vorgekommen seien.

Die Algeciradatte wirkungslos.

Die in Marokko ansässigen europäischen Kaufleute hielten in Tanger eine Versammlung ab, um gegen die ihnen vom Nachen in den Weg gelegten Schwierigkeiten Einspruch zu erheben. Den Vorsitz führten Angehörige aller Signatarmächte der Algeciradatte. Ein französischer Advokat schilderte eingehend die Lage der in Marokko ansässigen europäischen Kaufleute und schloß unter dem lebhaften Beifall der Versammlung mit den Worten, man möge die Algeciradatte entweder genau anwenden oder sie sofort zerreißen. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, in der unter dem Hinweis darauf, daß der Sultan, ungeachtet aller Befehle und Verträge, den europäischen Kaufleuten das Recht zur Erwerbung von Grundstücken und Häusern verweigere und ihnen Postlagen auferlege, die Signatarmächte ersucht werden, für die volle Ausführung der Algeciradatte Sorge zu tragen oder sie völlig aufzuheben.

Auf dem zweiten amerikanischen Friedenskongreß.

Der zur Zeit in Chicago tagt, hat Specks Nachfolger, der deutsche Botschafter Graf Bernstorff, eine Rede gehalten, wobei er das schiedsgerichtliche Prinzip und die Rüstungseinschränkung vom deutschen Gesichtspunkte aus erörterte. Der Botschafter erinnerte zunächst daran, daß die deutsche Regierung stets bereit gezeigt habe, wenn sie auch den Abschluß eines allgemeinen obligatorischen Schiedsvertrags für aussichtslos halte. Wie der Staatssekretär des Auswärtigen, Frhr. v. Schön, erst kürzlich im Reichstag betonte, habe Deutschland einen solchen Vertrag mit Großbritannien abgeschlossen und es sei nicht Deutschlands Schuld, wenn der Vertrag mit Amerika nicht zu Stande gekommen sei. Das Auswärtige Amt habe außerdem seit Jahren die Gewohnheit, politische Streitfragen der schiedsgerichtlichen Regelung zuzuführen und habe dies bezüglich der Casablanca-Frage getan, obwohl diese nahe daran war, die nationale Ehre zu berühren.

Was die Einschränkungen der Rüstungen betreffe, so habe der Reichskanzler in seinen Reichstagsreden wiederholt dargelegt, daß eine solche Einschränkung ohne Zweifel wünschenswert sei, daß es aber schwer halte, eine praktische Lösung der Frage zu finden, und daß die deutschen Rüstungen, festgelegt durch ein allgemein bekanntes Gesetz, keinen anderen Zweck als den der nationalen Verteidigung haben. Von der Notwendigkeit einer starken Rüstung aber sei Deutschland durch die Geschichte der letzten drei Jahrhunderte überzeugt worden. Lange genug das Opfer fremder Ueberfälle und der Schauplatz fremder Kriege, habe Deutschland endlich die Notwendigkeit erkannt, den vaterländischen Boden bis zum letzten Blutstropfen zu schützen. Seit aber das deutsche Volk ein Volk in Waffen geworden, habe es nur Kriege geführt, die unerlässlich waren für das Bestehen seiner Einigung. Seitdem gelte seine bewaffnete Macht nur der Erhaltung des Friedens nach Washingtons berühmtem Wort: Für den Krieg gerüstet zu sein, ist eines der wirksamsten Mittel zur Erhaltung des Friedens. Seit nahezu vierzig Jahren habe Deutschland nur zweimal gefochten, einmal Schulter an Schulter mit den Vereinigten Staaten für die Sache der Zivilisation in China, dann zur Niederwerfung des Aufstandes in Südwestafrika. Beides könne kein Krieg genannt werden. Man bezeichne in den Vereinigten Staaten den deutschen Kaiser gern als Kriegsfürsten, aber als Herr der größten Armee der Welt habe er in den 21 Jahren seiner Regierung noch keinen Krieg geführt. Erst jüngst in den Tagen der Balkankrise sei die ganze Macht Deutschlands in die Waagschale des Friedens geworfen worden, und damit seien alle kriegerischen Absichten, wo solche bestanden hätten, zerbrochen.

Tages-Chronik.

Florzheim, 7. Mai. Der verstarbene Direktor der hiesigen Diskontobank, Max Groß, der auch Geschäftsführer des katholischen Vereinhäuses war, hat die Bank auf den Namen des Vereinhäuses um 31 000

Mark betorgen. Es kam zwischen der Bank und dem Vereinhause ein Vergleich zustande. Darnach müssen die Aufsichtsratsmitglieder des Vereinhäuses der Bank eine Entschädigung von 21 000 M zahlen. Gestern wurde nun gegen zwei Mitglieder des Aufsichtsrats eine Zivilklage verhandelt, weil diese beiden ihrer Verpflichtung die 2000 Mark zu zahlen, nicht nachkamen. Der eine, ein Steuerassistent G. wurde durch Versäumnisurteil verurteilt, weil er keinen Anwalt mitgenommen hatte. Gegen den andern, Goldschmied W. wurde die Anklage für auf sich beruhend erklärt, weil er zahlen will, aber nicht kann.

Marlsruhe, 6. Mai. Wie die Oberheinische Korrespondenz vernimmt, wird das Kaiserpaar auf der Rückreise von Korfu voraussichtlich in Karlsruhe eintreffen und den Großherzoglichen Herrschaften einen Besuch abstatten.

München, 6. Mai. Die Aussperrung der Holzarbeiter hat, nachdem die Schlichtungskommission zu keinem Ergebnis kam, das Gewerbegericht beschäftigt. Es entschied wie folgt: Die anlässlich der Kaiserfeier verfügte Aussperrung stelle eine Verletzung des § 9 Abs. 3 des Vertrags vom Jahre 1908 dar. Die Arbeiter müssen also wieder eingestellt, und es muß ihnen auch der Lohn für die Aussperrungstage nachgezahlt werden. Es handelt sich um 49 Firmen.

Frankfurt a. M., 6. Mai. Die Witwe Becker aus Bodenheim, die bereits zweimal in Haft genommen worden war, weil sie ihre Kinder entgegen einer alten Bodenheimer Verordnung aus dem katholischen Religionsunterricht nahm und in einem freireligiösen Unterricht schickte, wurde gestern abends für 2 Tage in Haft genommen, außerdem wurden ihr im Wiederholungsfalle bedeutend höhere Strafen in Aussicht gestellt.

Amsterdam, 5. Mai. Die Königin und die kleine Prinzessin befinden sich fortgesetzt wohl. Die Königin stillt ihr Kind selbst. Sie hat bereits wieder begonnen, wichtigere Aktenstücke selbst zu unterzeichnen. — Die Taufe der Thronerbin wird aller Voraussicht nach in den ersten Tagen des Juni stattfinden.

Württembergischer Landtag.

Kammer der Abgeordneten.

Stuttgart, 6. Mai.

Präsident v. Bayer eröffnet die 178. Sitzung um 9 1/2 Uhr

Das Haus setzt die Beratung des

Etat des Innern

bei Kap. 43, Für milde Zwecke, und der von der Finanzkommission dazu gestellten Resolution fort, die lautet:

Die Bereitwilligkeit auszusprechen, der Einstellung eines besonderen Titels behufs Fürsorge für Gemeinbediente und Unterbediente für im Dienst erlittene Unfälle und für Privatpersonen, welche bei einer im öffentlichen Interesse erfolgten Zuziehung zur Hilfeleistung Unfälle erleiden, im Sinne des Beschlusses der Kammer der Abgeordneten vom 1. März 1906 Ziff. 1 und 2, und der Einbringung eines Rechtsantrags Nr. 1 zu diesem Zwecke in Höhe bis zu 6000 M zustimmen.

Herr v. Gold-Kalen (Z.) tritt unter Hinweis auf

einzelnen Fall für die Resolution ein. Ballufat (Soz.) betont, daß die Gemeinden mit wenig Ausnahmen keine Fürsorge für ihre nicht unfähigerwerbenden Beamten getroffen haben. Ein Ministerialerlaß, der solche Fürsorge empfohlen habe, sei ohne Erfolg geblieben. So bleibe nur ein Eingreifen der Gesetzgebung übrig. Bis dahin müsse aber etwas geschehen.

Minister des Innern Dr. v. Wischel: Wenn auch die Fälle, wo die hier in Betracht kommende Fürsorge eintrete, selten seien, so sprechen doch Gründe der Billigkeit dafür, daß eine geeignete Regelung erfolge. Diese müsse auf reichsgesetzlichem Wege erfolgen. Auf Antrags sei ihm mitgeteilt worden, daß noch wie vor die Absicht dahin gehe, die reichsgesetzliche Fürsorge auf staatliche und kommunale Beamten zu erstrecken. Gegen die Resolution habe er nichts einzuwenden.

Die Resolution wird hierauf einstimmig angenommen.

Kap. 44. Dispositionsfonds, wird ohne Erörterung bewilligt.

Bei Kapitel 44. Öffentliche Armenpflege, regt Abg. Röder (d. P.) eine Revision der Tariffrage von 1891 in den Krankenhäusern an. — Zu dem Kapitel liegt ein Antrag des Zentrums vor, der lautet:

Die Kammer wolle beschließen: 1. die K. Staatsregierung um Einbringung eines Gesetzesentwurfs zu ersuchen, welcher nach dem Vorgang des Reichsgesetzes vom 15. März 1907 die Ermittelung der Armenunterstützung auf öffentliche Rechte regelt; 2. die Erste Kammer zum Beistand einzuladen.

Walter (Z.) begründet diesen Antrag.

Schlegel (Soz.) stimmt dem Antrage zu, wünscht aber, daß die württembergische Regierung noch einen Schritt weiter gehe als die Reichsregierung. Es müsse möglichst klar ausgebrochen werden, was als Armenunterstützung anzusehen sei, und welche Unterstützungen den Verlust der öffentlichen Rechte nach sich ziehen. Eine negative Bestimmung, wie im Reichsgesetz, genüge nicht.

Abg. Riesching (Sp.) erklärt ebenfalls die Zustimmung seiner Fraktion.

Dr. Mülberger (d. P.) schließt sich den Ausführungen des Vordröbners im Namen seiner Partei an. Minister des Innern Dr. v. Wischel: In der Auslegung der landesgesetzlichen Vorschriften sei man bisher schon milder gewesen als das Reich. Man habe aber allen Anlaß, in der Landesgesetzgebung nicht hinter den Vorschriften des Reichsgesetzes zurückzubleiben. Ob es möglich sei, ohne negative Bestimmung, rein positiv, den Begriff der öffentlichen Armenunterstützung klar und scharf zu bestimmen, sei ihm nicht sicher.

Prout (d. P.) stimmt dem Antrage zu, worauf dieser einstimmig angenommen wird.

Kap. 45b, Fürsorgeerziehung Min-

derjähriger, wird debattelos genehmigt. Das Haus geht dann über zu dem an die Finanzkommission zurückverwiesenen Antrag Graf zu Ray 26 Tit. 1. Landjägerkorps.

Die Finanzkommission hat diesen Antrag angenommen, der lautet:

Nach den Worten „3 Bezirkskommandeure je 4500 Mark beizufügen; davon 2 künftig wegfällen“

Zu diesem Beschluß liegt ein Antrag v. Kiene (Z.) vor: Die K. Regierung zu ersuchen, bei Prüfung der allgemeinen Frage der Vereinfachung der Staatsverwaltung auch die Reduzierung der drei Landjägerkommandeurestellen auf zwei ins Auge zu fassen.

Berichterstatter Frhr. Bergler v. Berglas (d. P.): Mit dem Antrag möchte er sich in keiner Weise identifizieren. Was die Zahl der Offiziere im Vergleich zu den Mannschaften anlangt, so sei dies Verhältnis in Württemberg weitläufig am ungünstigsten gegenüber sämtlichen Nachbarstaaten. Die Ersparnisrückichten seien bei dem Antrag nicht das ausschlaggebende Moment. Der wahre Grund sei, daß man die militärischen Ansprüche an das Landjägerkorps bekämpfen wolle. Er bitte, der Regierungsvorlage zuzustimmen.

Graf-Stuttgart (Z.): Der Berichterstatter scheint eine sonderbare Auffassung über seine Aufgabe gegenüber dem Beschluß der Kommission zu haben. (Sehr richtig!) Der Redner legt eingehend die Gründe dar, aus denen eine Vereinfachung der Geschäfte beim Landjägerkorps möglich sei. Die Bezirkskommandeure seien lediglich Zwischenstellen mit engebegrenzter Kompetenz. Er habe unter der Hand gehört (Heiterkeit), daß der Minister gesagt habe, wenn es ernst werde, so gebe er einen her. (Heiterkeit.) Wenn heute eine Pensionierung eintreie, so müßte das Reich die Ruhegehälter zahlen. Er gehe aber gar nicht so weit, daß die Stellen sofort wegfällen sollen, sondern erst im Falle der Erledigung. Welchen Weg im einzelnen die Reorganisation nehmen solle, das überlasse er der Regierung. Die allgemein anerkannte Tüchtigkeit des Landjägerkorps werde in keiner Weise unter der Reorganisation leiden.

Vizepräsident v. Kiene (Z.) bezeichnet den Antrag der Finanzkommission als viel zu weitgehend. In dem militärischen Charakter des Landjägerkorps halte er fest, und er halte ihn für die beste Garantie der Tüchtigkeit des Korps. Wenn das ganze Korps unter einen Offizier gestellt oder es in zwei Teile bei Wegfall der militärischen Oberleitung geteilt werde, so befürchte er eine Schädigung der Interesse des Landes.

Dr. Mülberger (d. P.): Der Antrag von Kiene sei die einzig mögliche Grundlage, die Frage zur Entscheidung zu bringen. Der Abg. Graf habe so viel über die Aufgaben der Bezirkskommandeure angeführt, daß man den Eindruck gewonnen habe, es sei doch nicht so wenig zu tun. Man müsse doch wissen, wie und in welchem Zeitpunkt die Stellen in Wegfall kommen sollen. Davon sage der Antrag nichts, und man habe erst jetzt aus der Begründung einiges darüber erfahren.

Minister des Innern Dr. v. Wischel: Er sei durch den Antrag Graf überrascht worden. Aber er verkenne nicht, daß im Zusammenhang mit der Vereinfachung der gesamten Staatsverwaltung auch die Frage der Reorganisation des Landjägerkorps in Erwägung gezogen werden müsse, und er verspreche, in eine gewissenhafte Prüfung einzutreten. Der Wegfall der zwei Stellen sei nicht möglich, ohne daß sämtliche bestehenden Vorschriften vorher einer völligen Umarbeitung unterworfen würden. Er bitte dringend, den Antrag der Finanzkommission abzulehnen. Gegen den Antrag von Kiene habe er nichts einzuwenden.

Graf-Heidenheim (d. P.) erklärt, daß seine Fraktion gegen den Antrag der Finanzkommission stimmen werde. Was man auf der einen Seite durch Streichung der beiden Stellen erspare, müsse auf der anderen Seite vielleicht wieder ausgegeben werden.

Reil (Soz.) greift gleichfalls den Abg. Frhr. Bergler v. Berglas wegen der Art seiner Berichterstattung an. Seine Partei stehe auf dem Boden des Kommissionsantrags. Mit dem Antrag Kiene sei gar nichts erreicht, ein solcher Antrag könnte zu jedem Staatskapitel gestellt werden. Wenn man der Auffassung sei, daß die beiden Stellen entbehrlich seien, so sollten sie schon beim nächsten Etat gestrichen werden.

Liesching (Sp.) erklärt, dem Antrag v. Kiene nicht zustimmen zu können. Welcher Etat sei günstiger, Abstriche zu machen, als der vorliegende. Ganz denn der „militärische Geist“ davon ab, ob statt 4 nur 2 Bezirkskommandeurestellen vorhanden seien. Er sei der Ansicht, daß man mit den „Erwägungen“ aufhören solle. Ohne daß man sich dem Vorwurf aussetzen werde, leichtfertig vorzugehen, könne man den Antrag der Finanzkommission annehmen, dem auch die Mehrheit seiner Fraktion beitreten werde. Einige ständen auf dem früheren Beschluß, daß im Falle der Erledigung eine Stelle in Wegfall kommen solle. Für den Fall der Ablehnung des Kommissionsantrags stelle er den Antrag, zu sagen: „Eine dieser Stellen kommt im Falle der Erledigung in Wegfall.“ Den Kommissionsantrag beantrage er folgendermaßen zu fassen: „Zwei Stellen kommen im Falle der Erledigung in Wegfall.“

Nach Ausführungen des Vizepräsidenten von Kiene (Z.), der die Berichterstattung des Frhr. v. Berglas in Schutz nimmt, und des Abg. v. Gold-Kalen (Z.) bemerkt

Präsident v. Bayer: Nach meiner Ansicht besteht für den Berichterstatter, der in der Kommission mit seiner Ansicht in der Minderheit geblieben ist, keineswegs die Verpflichtung, die Berichterstattung wieder zuzulehnen. Zu muß aber beifügen, daß es zu Unzuträglichkeiten führt, wenn ein Berichterstatter eine so scharf ablehnende Haltung gegenüber dem Kommissionsantrag einnimmt. Dann ist es zweckmäßiger, wenn der Berichterstatter sich dispensieren läßt.

Nach Bemerkungen der Abg. Graf-Stuttgart (Z.) und Dr. Mülberger (d. P.) tritt der Mi-

...des Innern u. Bischof noch mehr energisch für die Regierungsvorlage ein.
Reil (Soz.) erklärt, daß man von dem Bericht erstatter überhaupt keine Gründe für den Kommissionsantrag gehört habe.
Berichterstatter Hr. Bergler v. Berglas erwidert, er habe annehmen dürfen, daß die Gründe für den Kommissionsantrag ausführlich dargelegt werden.
In der Abstimmung wird der Antrag v. Reil abgelehnt, der Kommissionsantrag in der Fassung des Berichterstatters angenommen. Der Eventualantrag des Berichterstatters entfällt damit.
Hier wird abgebrochen. Nächste Sitzung Freitag vormittag 9 Uhr mit der Tagesordnung: Rest der heutigen Tagesordnung und Wanderarbeitstätten.
Schluß 1.45 Uhr.

Aus Württemberg.

Dienstnachrichten.

Oberkonsultsekretär G. G. bei dem Landgericht Ellwangen wurde seinem Ansuchen gemäß in den Ruhestand versetzt und ihm bei diesem Anlaß die Verdienstmedaille des Kronordens verliehen.
Oberkonsultsekretär bei dem Landgericht Ellwangen, seinem Ansuchen gemäß an das Landgericht Ulm versetzt, Konsult Alt u. S. in Ulm zum Oberkonsultsekretär bei dem Landgericht Heilbronn und Konsult West in Ulm zum Oberkonsultsekretär bei der Staatsanwaltschaft Ulm ernannt.

Der württ. Landesverband des Handelsvertragsvereins veranstaltet zur Zeit Erhebungen über die Handelsbeziehungen württ. Firmen nach Schweden. Die schwedischen Zollsätze sind zum Teil jetzt schon derart, daß sie die Ausfuhr deutscher Fabrikate verhindern. Nach zuverlässigen Mitteilungen sind auch in Schweden neuerdings Bestrebungen auf namhafte Zollserhöhungen im Gange. Es erscheint darum geboten, daß die Interessenten ihre Wünsche rechtzeitig kundtun. Zu weiteren Auskünften ist der genannte Verein gerne bereit.

Kriegsmäßige Transportübung. Die Versuchsabteilung der preussischen Verkehrsstruppen unternimmt zurzeit eine kriegsmäßige Transportübung mit leichten Armeelastwagen. Die Fahrt ist von Berlin aus angetreten und führt über Bittenberg, Dessau, Halle, Kassel, Bielefeld, Münster, Dortmund, Duisburg, Köln, Koblenz, Bingen, Frankfurt a. M., Mannheim, Saarbrücken, Bielefeld, Stralsburg, Colmar, Freiburg, Konstanz, Karlsruhe, Pforzheim, Böblingen, Stuttgart, Heilbronn, Mergentheim, Würzburg, Kempten, Erfurt, Naumburg, Halle, Bittenberg zurück nach Berlin. In Heilbronn werden die Fahrzeuge voraussichtlich am 14. oder 15. Mai eintriften.

Unentgeltliche Aufnahme von Zöglingen in württ. Ackerbauhöfen. Am 1. Oktober d. J. wird eine Anzahl von Zöglingen in die Ackerbauhöfen in Hohenheim, Kirchberg, Ellwangen und Ochsenhausen aufgenommen. Es werden daher diejenigen Jünglinge, welche in die eine oder andere Ackerbauhöfen einzutreten wünschen, aufgefordert, sich spätestens bis zum 15. Juni d. J. bei dem betr. Schulvorstand zu melden. Die Aufzunehmenden müssen das 17. Lebensjahr zurückgelegt haben, vollkommen gesund, für anhaltende Feldarbeiten körperlich erkrankt und mit den gewöhnlichen landwirtschaftlichen Arbeiten bekannt sein, die Kenntnisse eines guten Volksschülers und die Fähigkeit besitzen, einen einfachen Vortrag über Landwirtschaft und deren Hilfswissenschaften. Kost, Wohnung und Unterricht erhalten die Zöglinge für die von ihnen zu leistenden Arbeiten, woneben sie nach Maßgabe ihrer Leistungen und ihres Verhaltens je am Schluß des Schuljahres noch mit besonderen Prämien bedacht werden können. Etwaigen Bedürftigen kann außerdem eine Unterstützung in Aussicht gestellt werden. Den Eingaben, in welchen die bisherige Laufbahn des Bewerbers darzulegen ist, müssen ein Gesundheitszeugnis, Impfschein, ein ärztliches Zeugnis über den Gesundheitszustand des Bewerbers beiliegen. Die Bewerber, welche nicht durch besonderen Erlaß zurückgewiesen werden, haben sich am Montag den 12. Juli d. J. morgens 7 Uhr zur Eröffnung einer Vorprüfung in Hohenheim einzufinden.

Der Verein für ländliche Wohlfahrtspflege in Württemberg und Hohenzollern hielt in Ulm seine Haupttagung ab, die vormittags mit einer Mitgliederversammlung begann. Regierungsrat v. Soden-Lübbingen führte dabei den Vorsitz und gab den Geschäftsbericht bekannt. Nach diesem zählt der Verein 144 korporative und 899 Einzelmitglieder. Einige Sorge machte dem Verein das Gemeindehaus, das er im letzten Jahr auf der Stuttgarter Bauausstellung erstellen ließ. Das Gebäude konnte nicht verkauft werden, weshalb noch 1800 Mark Schulden vorhanden sind, zu deren Deckung die Garantiezeichner mit 22 1/2% herangezogen werden müssen. Doch hatte die Verwirklichung des Gedankens viel weichen Gewinn und fand Anerkennung im ganzen Land. Dem Vereinsblatt „Schwäbische Heimat“, dessen Leitung Pfarrer Gaspard in Wangen-Stuttgart beibehält, wird eine größere Verbreitung bei den Ortsvorstehern und auf dem Lande überhaupt gewünscht. Zur Unterweisung der ländlichen Bauhandwerker in der Herstellung geschmackvoller ländlicher Wohnbauten werden Kurse angestrebt. Nicht ganz zufrieden war man mit der Wirksamkeit der Vertrauensmänner; es soll mehr Beispiel gegeben, mehr persönlicher Verkehr gepflogen werden. Um dem Vorstand die immer mehr wachsenden geschäftlichen Arbeiten abzunehmen, wird ein eigener Geschäftsführer angelehnt, dem eine Besoldung von etwa 5-600 Mark gegeben werden kann. Die Jahresrechnung 1908-09 mit einem Ueberschuß von 800 Mark wurde genehmigt, ebenso der Haushaltsplan für das laufende Jahr mit einem Abschluß von 4340 Mark. Regierungsrat v. Soden wurde wieder einstimmig als Vorstand gewählt. Der Vorstand wurde durch Neuwahl von Oberamtmann Schulz-Haigerloch, Pfarrer Wilhelm-Redartenzlingen und Professor Dr. Fuchs-Lübbingen ergänzt. Die nächstjährige Mitgliederversammlung ist in Reutlingen, die heutige Herbstversammlung in Hall, die nächstjährige in Kalen. Die vierstägige öffentliche Versammlung war sehr zahlreich besucht. Begrüßungen sprachen Oberregierungsrat Kraus

für das Ministerium des Innern, Oberregierungsrat Junf für die Regierung des Donaufreises, Stadtbaurat Schimpf für die Stadt Ulm, Oberregierungsrat Maier für das Oberamt Ulm, ein Vertreter von Sigmaringen für die dortige Regierung und Professor Dr. Fuchs für den Bund für Heimatschutz. Nach einer Darlegung der Vereinsbestrebungen durch den Vorsitzenden sprach Pfarrer Schott von Frankenhofen O. S. Gingen über die in seiner Gemeinde durchgeführte Wohlfahrtspflege. Der Redner hat in bewundernswürdiger Weise sich um die 300 Einwohner seiner Gemeinde angenommen, bei Krankheiten Hilfe durch Beschaffung eines Kastens der Charlottenpflege geleistet, eine Ortsbibliothek und einen Lehrverein gegründet und mit passender Kost versehen, eine Schallerwerkstätte errichtet, in der Jugendspiele gelehrt, Familienschriften angelegt, einen Kochkurs eingeführt, hübsche Aussichtspunkte mit Bänken versehen, Rosen veredelt, Bäume gepflanzt und eine Sparassensammlung übernommen, an die schon im dritten Jahr 22 000 Mark abgeliefert wurden. Die schlichte Art, wie überall diese segensreichen Einrichtungen erzählt wurde, gewann sich die Herzen aller Zuhörer, die mit lebhaftem Beifall dankte. Lehrer F. Ahle von Klein berichtete dann über die Art und Weise, wie Ortschroniken angefaßt werden sollen, welchen Wert sie haben und wie sie den Zwecken der Wohlfahrtspflege und des Heimatschutzes dienlich gemacht werden können. Er hatte auch eine Ausstellung von 120 Ortschroniken arrangiert, die vielen Beifall fand. Den Schluß der Versammlung vollzog der Vorsitzende mit der Ankündigung, daß 40 neue Mitglieder gewonnen wurden. Am Abend fand eine Besichtigung der städtischen Wohlfahrts-Einrichtungen statt.

Stuttgart, 5. Mai. Nach den Erhebungen des Stadtpolizeiamts werden in Stuttgart jährlich insgesamt 37 209 390 d. h. täglich 102 475 Liter Milch eingeführt von 28 380 575 d. h. täglich 77 775 Liter mit der Eisenbahn, 7 418 625 d. h. täglich 20 323 mit bespannten Wagen und 1 308 525 d. h. täglich 3585 durch Handwagen. In Stuttgart selbst werden jährlich 3 504 730 d. h. täglich 9602 Liter produziert. Der jährliche Verbrauch stellt sich auf 40 612 455 d. h. täglich 111 267 Liter mit einem Werte von insgesamt 8 232 374,5 M. Ein einzelner Einwohner hat daran einen Anteil von 146,75 oder täglich 0,402 Liter, 1906 waren es 165,11 — 1903 169,87 — 1901 155,52 und 1896 129,28 Liter.

Stuttgart, 6. Mai. Mit dem heutigen, sonnig heiteren Matenag ist nun die Festzeit für das sein 100jähr. Jubiläum begehende, in Krieg und Frieden bewährte 7. württ. Inf.-Reg. „Kaiser Friedrich, König von Preußen“ Nr. 125 angebrochen. In reichem Schmuck prangen die Kasernen und viele Bewohner haben zur Begrüßung der Tausenden in die Residenz herbeieilenden ehemaligen Regimentangehörigen ihre Häuser mit Fahnen und Tannenzweigen geschmückt. Besonders am heutigen Nachmittag machte sich auf dem Bahnhof und den ihn begrenzenden Straßenzügen ein lebhafter Verkehr bemerkbar und viele Soldaten konnte man sehen, die zur Bewillkommung der auswärtigen Gäste auf den Bahnsteigen Posto gefaßt hatten. Es ist wohl kaum ein Landstrich des Schwabenlandes namhaft zu machen, der nicht einige Vertreter zum Jubeljahre entsandt hat. Die Festlichkeiten werden eingeleitet mit der Eröffnung der von Hauptmann Stodhaus verfaßten Festspiele, das mit jubelndem Beifall aufgenommen wurde.

Kleinengingen, O. S. Reutlingen, 7. Mai. In hiesigen eingeweihten Kreisen wird schon seit einigen Jahren vermutet, daß der Redner des Spar- und Darlehensvereins G. R. Weber nicht rein seines Amtes walte. Eine in den letzten Tagen vorgenommene Kassen- und Bücherrevision durch den Verbandsrevisor hat die Vermutung leider bestätigt und einen Fehlbetrag — man spricht von 6 bis 12 000 M. — ergeben. Ob der veruntreute Betrag noch höher sein wird, werden die weiteren Untersuchungen ergeben. Weber wurde vorerst auf freiem Fuß belassen, aber unter Aufsicht gestellt.

Rotweil, 6. Mai. Am nächsten Montag kommt vor der hiesigen Strafkammer die Strafsache gegen den eines Sittlichkeitsverbrechens beschuldigten Pfarrer Bauer von Rotweil, früheren Stadtpfarrer von Schramberg, zur Verhandlung. Für die letztere, die voraussichtlich zur Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden wird, sind zwei Tage vorgesehen. Bauer, der sich noch in Untersuchungshaft befindet, hat am Montag im Untersuchungsgefängnis den Besuch des hier weilenden Bischofs Dr. v. Keppeler erhalten.

Ulm, 6. Mai. Die bürgerlichen Kollegien befaßten sich in heutiger Sitzung mit der Frage, ob ihrerseits die von der Jungen Volkspartei zur Besprechung der Angelegenheit des Fürstenerger Hofes auf Samstag einberufene Bürgerversammlung besucht werden solle oder nicht. In der Versammlung soll dargetan werden, daß die Dotation von 50 000 Mark an den Stadtvorstand nichts anderes sei als die Ueberlassung eines Gewinns vom Fürstenerger Hof; in ihr wird beantragt werden, daß Frieden und Ruhe in der Gemeinde nur wieder eintreten könne, wenn der Stadtvorstand auf jeden Gewinn verzichte. Hr. Dr. Scheffold war der Anschauung, daß es grundsätzlich abgelehnt werden müßte, die amtliche Tätigkeit der bürgerlichen Kollegien vor einer Volksversammlung zu rechtfertigen. Wenn es den Kollegien nicht gelinge, die Angelegenheit der Gemeinde so zu verwalten, wie es der Wählerchaft recht sei, so habe diese das Mittel einer anderen Wahl. An einem anderen Ort, als auf dem Rathaus, über Gemeindeangelegenheiten zu verhandeln, und andere Kundgebungen als gemeinschaftliche amtliche abzugeben, würde zu gefährlichen Konsequenzen führen; auch sei zu befürchten, daß die Versammlung von einer übergroßen Mehrheit von Gegnern besucht wäre, die dann alle amtlichen Erklärungen niederstimmen und nieder schreien würden. Von verschiedenen Seiten wurde dem gegenübergehalten, daß den Kollegien das Fernbleiben als Freigabe ausgelegt würde und daß dann Behauptungen der Gegner unwiderlegt blieben und daß die Bürger dann erst recht keine Klarheit in der Sache hätten. Mit großer Mehrheit wurde nach langen Erörterungen eine möglichst vollzählige Beteiligung der Kollegien an der Versammlung und die Aufstellung von Dr. Scheffold

und Bürgerausschuhobmann Teichmann zu Referenten geschlossen; das Auftreten als Redner soll jedem Mitglied der Kollegien freigestellt werden.

Bermischtes.

Ein Sünder.

Aus dem heiligen Speier wird der „Frankf. Zig.“ folgendes Geschichtchen erzählt:

Ein hiesiger Bürger, ein Mann von 69 Jahren, der in der Stadt allgemeine Achtung genießt, fährt seit 1901 das Protokollbuch des hiesigen katholischen Männervereins, und zwar, wie von dem zweiten Vorsitzenden anerkannt, mit treuer Pflichterfüllung. Dieser Tage fand nun im hiesigen katholischen Vereinshaus Ausschussung des Vereins statt. Es soll an die Chargenverteilung gegangen werden. Da erhebt sich ein Herr Professor am Gymnasium, und nimmt das Wort zu folgender Rede:

„Meine Herren! Oh wir an die Chargenverteilung gehen, eine kurze Erörterung! Ich muß Sie allen Ernstes fragen, ob der bisherige Schriftführer, der neuer wieder gewählt worden ist, fähig sein wird, das Amt eines Schriftführers in unserem katholischen Verein weiterzuführen. Er sollte, wie ich glaube, seine freie Zeit für sein Haus verwenden! Ich habe seinen großen Sohn (ein Jüngling von 20 Jahren) schon mehrmals mit einem protestantischen Mädchen im Verkehr gesehen. Am hellen, heiligen Charfreitag, während andere Katholiken andächtig die Kirche besuchen, habe ich ihn mit zwei protestantischen Mädchen (Schwestern) über die Straße gehen sehen!!!“

Es ist die höchste Zeit, daß mit allen geistlichen Strafen gegen diese unerbittlichen Kezerfreunde vorgegangen werde. Es muß schleunigst Vorkehrungen getroffen werden, daß die Speierer Katholiken überhaupt keine Protestanten mehr zu sehen bekommen. Man könnte über die fanatische Verantheit des Speierer Professors lachen, wenn sie nicht bodenlos betrübend wäre für jeden Freund des Fortschritts.

Geschichten aus dem Harem

des entthronten Sultans Abdul Hamid weiß „Etoile Belge“ zu erzählen. Der Sultan liebte es, in seine Umgebung Frauen von merkwürdigem Aussehen zu bringen, und jahrelang gehörte zu seinen Favoritinnen eine Belgierin von außerordentlichen Eigenschaften. Die Haremsdame stammt aus Lüttich und zeichnete sich durch eine ungewöhnliche Größe aus. Sie maß über 2,10 Meter, und dementsprechend war auch ihr Gewicht, das auf drei Zentner angegeben wird. Die Riesin hatte aber einen ganz besonderen Schmuck, wegen dessen sie von ihrem Herrscher geehrt wurde, und das war ihr langer, bis auf die Schultern herabwallender Vollbart. Die bärtige Schönheit mußte auf das Geheiß des Sultans ihren Bart mit großer Sorgfalt pflegen. Ein eigener Eunuch wurde zur Pflege dieses Wunders bestellt, der tagtäglich teure Salben und Essenzen brachte, um seiner schweren Pflicht nachzukommen. Der Leibschneiter der bärtigen Favoritin mußte sehr fähige Bartrachten anfertigen, um sein Amt zur Zufriedenheit des Sultans auszufüllen. Bald trug die Riesin ihren Bart in einer langen, wallenden Masse, bald wurde er in schmale, lange Zöpfe geflochten. Dann wurden kleine klingende Schellen an die Bartzöpfe gehängt, und wie der Ditt im Gebirge seine Lieblingskühn am Glockengeläute erkennt, so wußte auch Abdul Hamid, wer mit leisem Schellengeklänge ihm aus den Frauengemächern entgegenkam. In den letzten Jahren gesundete der „Frankf.“ Mann am Goldenen Horn etwas von dieser außerordentlichen Reizung, und er zog Damen von natürlicherer Anmut in den Kreis seiner Zärtlichkeit. Und die bärtige Dame aus Lüttich wurde melancholisch, da ihr die kaiserliche Günst verloren ging. Seit fünf Jahren hat sie im Serail von Konstantinopel an schweren Nervenleiden gelitten, und nur langsam erholt sie sich wieder zur Gesäßtheit und zum Frieden des Gemütes. Sie hat ihren katholischen Glauben nie verlassen und auch unter den ungläubigen Frauen viele befehrt, die sich heimlich zu ihrer Religion bekanneten. Jetzt, da die Herrlichkeit Abdul Hamids vorüber ist, wurde sie mit vielen Genossinnen aus dem kaiserlichen Frauengefängnis entlassen. Sie weiß noch in Konstantinopel, wo sie von der Güte barmherziger Menschen Gebrauch machen darf. Aber sie hat die Absicht, bald nach ihrer belgischen Heimat zurückzukehren und in einem Kloster bei Lüttich als dienende Schwester den Rest ihres Lebens zu verbringen. Einen Schritt zum Klosterleben hat sie schon getan. Von einem christlichen Barbier ließ sie sich den langen, bis auf die Hüften wallenden Bart abscheren. Nun ist ihr Kinn nur noch von kleinen Stoppen besetzt, die sie täglich mit einer Zange abzielt, um mit glatter Lippe das Kreuzifix zu küssen, wie es einer ergebenen Laienschwester ziemt.

Des Wonnemonats Wunsch.

Unschwärmst mich nicht mit süßen Tönen
Ob meines Daseins goldner Pracht,
Ob meiner Blumen und dem Schönen,
Das ich, der Mai, hab' euch gebracht.

Verderbt mit eurer Dichtersprache
Die Baum' mir nicht und seid geistlich,
Sonst dreh' ich euch diesmal 'ne Nase
Und stell' mein Glas auf Regenzeit.

So oft schon klangen mir die Lieder
Seit Alters her, drum Dichter Du,
Besing' jetzt mal die andern Brüder,
Doch mich — mich laß' hübsch in Ruh!

Luise Mayer.

— Warnung. „Die Hausbesitzerin da drüben hat mich eingeladen; was hältst du von der?“ — „Nimm dich in acht — nichts wie Hypotheken und Töchter!“

